

Ende 1981 wurde ich zum Vorsitzenden des Flensburger Museumshafen Vereins gewählt. Wir hatten große Schwierigkeiten, für unsere alten Schiffe im Hafen einen Liegeplatz zu erhalten. Mir war klar: nur mit der Dänischen Minderheit war dies zu erreichen. Endgültig nach Flensburg zurückgekehrt, verstärkte ich die Verbindungen zur Dänischen Minderheit.

So ergab sich mit Paul Hertrampf, Rolf Lehfeld und Karl Otto Meyer nach und nach eine kollegiale, politische Basis, die schließlich zu folgendem Antrag gegen den „Generalinspektor für Wasser und Energie“ im Landtag führte:

„Kaum zu glauben - aber 40 Jahre nach der Kapitulation des Deutschen Reiches und 36 seit Errichtung der Bundesrepublik Deutschland geistern sie immer noch - wenn auch kursiv gedruckt - durch die Gesetze des heute in der Republik geltenden Rechts: Die Reichskanzler, Reichsminister, Reichsbürger und andere, von denen man glaubte, daß sie längst gestorben, begraben und vergessen wären. ... Am allerschlimmsten ist es im „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft“ vom 13. Dezember 1935. Da übt in Paragraph 1 heute noch der „Generalinspektor für Wasser und Energie“ die Aufsicht aus.“

Karl Otto Meyer kam kopfschüttelnd aus der Landtagssitzung. Hatte doch der Sprecher der CDU-Fraktion MdL Stäcker ausgeführt: **„in der Begründung, lieber Karl Otto Meyer, da wird ja gesagt, Kapitulation des Deutschen Reiches - Nein - das Deutsche Reich hat ja nicht kapituliert sondern die Deutsche Wehrmacht. Man muß das denn ganz klar fassen, damit auch wirklich keine historischen Irrtümer entstehen ...**

Für die Schleswig-Holsteinische Landesregierung der stellvertr. Ministerpräsident, Justiz- und Bundesratsminister Dr. Henning Schwarz:

*„... Materiell haben Sie ja völlig recht, daß **dieses Gesetz aus einer Organisations- und Geisteslandschaft stammt, die wir uns heute nicht mehr vorstellen können.** ... das Energiewirtschaftsgesetz, ja, und dieses Gesetz nur deswegen nicht aufgehoben und verändert worden ist, weil es die einzige Rechtsgrundlage der Kommunen für Konzessionsabgaben seitens der Energieträger ist ... daß man **im Augenblick immer noch in der Bundesgesetzgebung soviel zu tun hat, daß es noch nicht an der Zeit ist, dieses durchzuführen. Ich sage das mit allem Bedacht, auch deswegen, weil es sich ja nicht immer nur um reine Reaktion handelt.** ... **Da ist praktisch das Entwicklungsprodukt einer verfassungsmäßigen und geistigen Auseinandersetzung ... Und wenn Sie da nun anfangen zu redigieren, kommen Sie in eines riesengroße materielle Erörterung.** ...“*